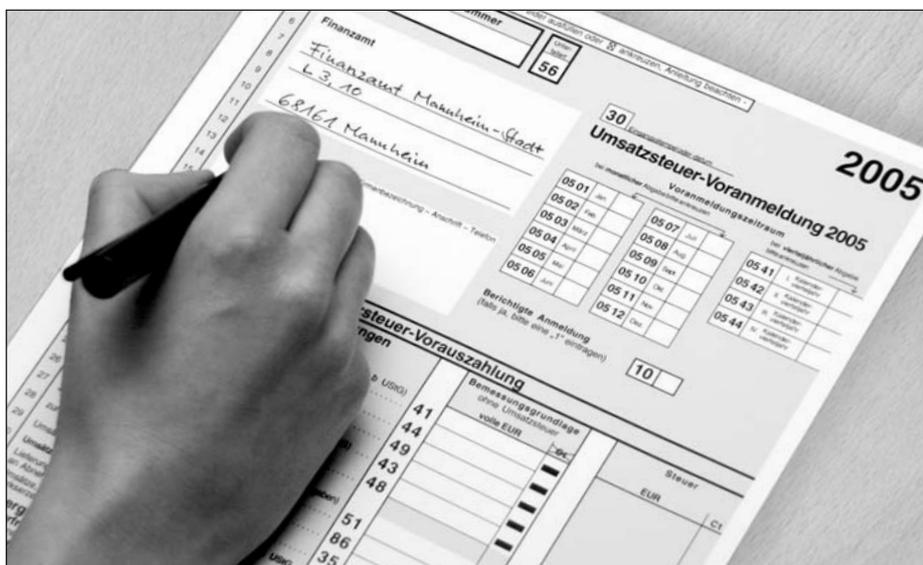


mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Ermäßigte Umsatzsteuer als Instrument der Verteilungspolitik ungeeignet

Eine Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in Deutschland, der vor allem auf Grundnahrungsmittel, Zeitschriften und Bücher erhoben wird, hätte eine höhere Ausgabenbelastung aller Haushalte zur Folge. Die Umverteilungswirkungen einer solchen Abschaffung wären aber gering. Außerdem könnten negative Umverteilungseffekte zu Lasten einkommensschwacher Haushalte, die durch die ausnahmslose Anwendung des vollen Umsatzsteuersatzes entstehen würden, ausgeglichen werden, indem der Staat die erzielten Steuer-Mehreinnahmen über Transfers oder steuerliche Entlastung an anderer Stelle wieder an die Haushalte zurückgibt. Dies ist das zentrale Ergebnis einer Studie, die das ZEW im Auftrag des Bundesfinanzministeriums erstellt hat.

Wie aber könnte im Zuge einer Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes eine finanzielle Schlechterstellung der Haushalte, insbesondere derjenigen mit niedrigem Einkommen, vermieden werden? Da die EU im Rahmen der Steuerharmonisierung eine Untergrenze für den Umsatzsteuersatz von 15 Prozent vorsieht, ist es nicht möglich, in Deutschland die differenzierten Umsatzsteuersätze durch einen einheitlichen Satz auf mittlerem Niveau, also zwischen den derzeitigen Steuersätzen von 7 und 16 Prozent, zu ersetzen. In der ZEW-Studie werden daher Szenarien untersucht, bei denen das zusätzliche Steueraufkommen aus der Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes im Rahmen einer aufkommensneutralen Steuerreform zur Erhöhung von Transfers und zur Senkung der Einkommensteuer oder der Sozialabgaben verwendet werden. Bei geschickter Wahl der Kompensationsmaßnahmen lassen sich Szenarien finden, in denen alle Haushalte besser gestellt werden als vor der Reform.



Die ZEW-Studie bestätigt, dass gering verdienende Haushalte zwar einen überdurchschnittlichen Teil ihres Einkommens auf Güter mit ermäßigtem Steuersatz verwenden und deshalb durch eine Abschaffung der Steuersatzermäßigung am stärksten belastet würden. Der Unterschied in der Ausgabenstruktur zu den einkommensstarken Haushalten ist je-

doch sehr gering, so dass die Entlastung einkommensschwacher Haushalte als Argument zur Beibehaltung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes nicht taugt. Von der Ermäßigung profitieren die einkommensstarken Haushalte fast im gleichen Maß. Die ermäßigte Umsatzsteuer stellt somit ein äußerst zielgenaues Instrument der Verteilungspolitik dar.

IN DIESER AUSGABE

Ermäßigte Umsatzsteuer als Instrument der Verteilungspolitik ungeeignet.....	1
ZEW intern	2
Aufwärtstrend bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft stockt	3
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	4, 5
Expertenseminare; Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten.....	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Am stärksten sind die positiven Wirkungen einer solchen umfassenden Steuer- und Abgabenreform, wenn das zusätzliche Aufkommen der Umsatzsteuer dazu genutzt wird, die Sozialabgaben zu reduzieren. Eine Senkung der Grenzsteuersätze der Einkommensteuer ist ebenfalls ein geeignetes Rückverteilungsinstrument, während eine Erhöhung des Freibetrags der Einkommensteuer deutlich schlechter abschneidet.

Die Analyse des ZEW zeigt, dass die Umsatzsteuer als Instrument der Verteilungspolitik aufgrund ihrer Zielungena-

uauigkeit schlecht geeignet ist. Eine Differenzierung des Umsatzsteuersatzes lässt sich verteilungspolitisch somit nicht rechtfertigen. Direkte Transfers oder eine Veränderung des Einkommensteuertarifs versprechen hier deutlich stärkere Effekte.

Sehr viel bedeutsamer als die Verteilungswirkungen sind die branchenspezifischen Effekte der Steuersatzdifferenzierung. Eine aufkommensneutrale Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes führt dazu, dass die Nachfrage nach den bislang reduziert besteu-

erten Gütern sinkt und die Nachfrage nach den auch bisher schon voll besteuerten Gütern steigt. Die Umsatzsteuerermäßigung ist also von ihrer Wirkungsweise eher eine verteilungspolitisch maskierte Branchensubvention und sollte in der Politik auch als solche diskutiert werden.

Die Kurzfassung der Studie kann im Internet unter <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/umsatzsteuerkurzfassung.pdf> heruntergeladen werden.

*Dr. Stefan Boeters, boeters@zew.de
Dr. Margit Kraus, kraus@zew.de*

ZEW INTERN

ZEW in Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen

Bei ihrer Jahrestagung in Berlin hat die Leibniz-Gemeinschaft das ZEW als neues Mitgliedsinstitut aufgenommen. „Dies ist eine weitere Bestätigung für die hervorragende Arbeit des ZEW in den vergangenen Jahren und unterstreicht noch einmal, dass das ZEW in der Spitzengruppe der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung fest etabliert ist“, erklärte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz.

Voraussetzung für die jetzt erfolgte Aufnahme des ZEW in die Leibniz-Gemeinschaft war der vorangegangene Beschluss der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, das ZEW zum 1. Januar 2005 in die gemeinsame Bund-Länder-Forschungsförderung aufzunehmen. Mit diesem Beschluss wurde eine Empfehlung des Wissenschaftsrats aus dem Jahre 1999 umgesetzt, die dieser aufgrund der hervorragenden Evaluierung der am ZEW erbrachten Forschungs- und Beratungsleistungen abgegeben hatte.

In der Leibniz-Gemeinschaft sind ab 2005 somit 84 Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen für die Forschung

zusammengeschlossen. Gemeinsames Charakteristikum dieser Institute ist ihre überregionale Bedeutung, ihr zukunftsweisendes Arbeiten im gesamtstaatlichen Interesse, sowie, hieraus resultierend, die gemeinsame Förderung durch den Bund und die Länder. Das Aufgabenspektrum der Institute reicht von den Raum- und Wirtschaftswissenschaften über die Sozialwissenschaften bis zu den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften. Neben reinen Forschungsinstituten gehören zur Leibniz-Gemeinschaft auch Serviceeinrichtungen für die Forschung und Museen mit angeschlossener Forschungsabteilung.

Als ein Kompetenzzentrum für die anwendungsbezogene empirische Wirtschaftsforschung hat sich das ZEW insbesondere durch die Bearbeitung international vergleichender Fragestellungen im europäischen Kontext und den Aufbau wissenschaftlich bedeutsamer Datenbanken profiliert. Zu nennen sind hier etwa das Mannheimer Unternehmenspanel, die ZEW Gründungspanels, das Mannheimer Innovationspanel, der European Tax Analyzer oder der ZEW-Finanzmarkttest.

Axel Börsch-Supan im ZEW-Aufsichtsrat

Der international renommierte Volkswirt und Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D., ist im Januar 2005



Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D.

in den Aufsichtsrat des ZEW berufen worden. Der Mannheimer Professor ist der Nachfolger des langjährigen Aufsichtsratsmitglieds Prof. Dr. Manfred Timmermann, der im vergangenen Jahr verstarb.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Aufwärtstrend bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft stockt

Der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, liegt im vierten Quartal 2004 mit 59,0 Punkten unter seinem Vorquartalswert von 62,6 Punkten. Dafür verantwortlich ist vor allem der deutliche Rückgang des Teilindicators, der die Geschäftserwartungen der Unternehmen für das erste Quartal 2005 erfasst. Der Indikatorwert für die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage ist hingegen nur leicht gesunken. Nachdem der ZEW-IDI in den vergangenen beiden Quartalen gestiegen war, spiegeln sich in den Werten für das vierte Quartal 2004 die gedämpften Wachstumsaussichten der Gesamtwirtschaft wider.

Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im November und Dezember 2004 durchgeführt hat. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.000 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

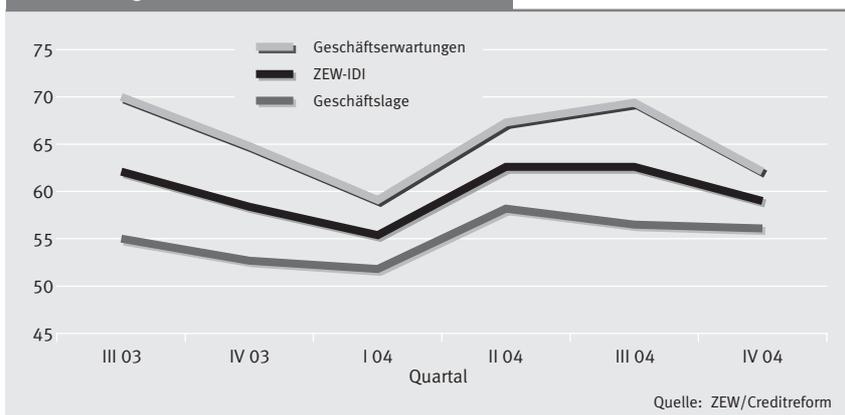
Positive Entwicklung in Ostdeutschland

Während die Unternehmen in Westdeutschland per Saldo von einer stagnierenden Umsatzentwicklung im vierten Quartal 2004 im Vergleich zum Vorquartal berichten, ist bei den ostdeut-

schen Unternehmen der Umsatz moderat gestiegen. Durch den stark verlangsamten Preisrückgang hat sich die Ertragslage der Unternehmen in Ostdeutschland trotz eines Nachfragerückgangs im Vergleich zum Vorquartal verbessert. Im vierten Quartal 2004 berichten per Saldo nur noch 18,7 Prozent der ostdeutschen Unternehmen von einer schlechteren Ertragslage. In West-

Wie schon im dritten Quartal 2004 ist bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern sowie den Unternehmen aus Forschung und Entwicklung per Saldo der Anteil der Unternehmen, deren Umsatz im Vergleich zum Vorquartal gestiegen ist, am höchsten. Auffallend ist der hohe Anteil der Architekten mit Umsatzrückgängen (mehr als 71 Prozent). Damit hatten die Architekten den stärksten Um-

Entwicklung des ZEW-IDI von III 03 bis IV 04



deutschland berichten per Saldo 15,5 Prozent der Unternehmen von einer besseren Ertragslage. Im Hinblick auf das erste Quartal 2005 rechnen trotz der gesunkenen Geschäftserwartungen insgesamt immer noch mehr Unternehmen mit einem Anstieg der Nachfrage als mit einem Rückgang. Auch bei Umsatz und Ertrag erwarten sie für das erste Quartal 2005 per Saldo einen Anstieg.

Bei den Dienstleistern der Informationsgesellschaft zeichnet sich auch weiterhin keine Stabilisierung der Beschäftigtenzahl ab. Per Saldo entlassen mehr als 23 Prozent der Unternehmen Mitarbeiter. In Ostdeutschland überstieg die Zahl der Unternehmen, die sich von Mitarbeitern getrennt haben, um 14,6 Prozent die Zahl der Unternehmen, die neue Mitarbeiter eingestellt haben. In Westdeutschland liegt dieser Saldo bei fast 24 Prozent der Unternehmen.

satzeinbruch aller Branchen zu verkräften. Hierfür mitverantwortlich ist die sinkende Nachfrage im Bauhauptgewerbe. Insgesamt ist in fünf der neun Branchen der Anteil der Unternehmen, deren Umsatz im Vergleich zum Vorquartal gesunken ist, größer als der Anteil der Unternehmen, deren Umsatz gestiegen ist.

Bezüglich der Nachfrage nach ihren Dienstleistungen blicken die meisten Branchen zuversichtlich ins Jahr 2005. Einzig die Architekten und die Unternehmen der technischen Beratung erwarten einen Nachfragerückgang im ersten Quartal 2005. Die recht positiven Nachfrageerwartungen sorgen allerdings nur bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, beim IKT-Handel und bei den Unternehmensberatern für zusätzlichen Personalbedarf, so die Erwartungen der Unternehmen.

Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

Subventionsabbau in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit

Am 18. November 2004 hielt Hans Eichel, der Bundesminister der Finanzen, einen Vortrag im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW in Mannheim. ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz konnte mehr als 400 Teilnehmer zu der Veranstaltung begrüßen.

Die Finanzpolitik in Deutschland, so Eichel, stehe vor einer der größten Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte. Die Leistungsfähigkeit des Staats und der Volkswirtschaft müssten angesichts des sich abzeichnenden demografischen Wandels gesichert werden. Immer mehr alte Menschen stünden immer weniger jungen Menschen gegenüber. Eines sei klar, so Eichel: „Wir alle müssen gemeinsam entscheiden, wie und in welchem Umfang wir uns staatliche Tätigkeit in Zukunft noch leisten wollen und noch leisten können.“ Ziel müsse sein, auch für die künftigen Generationen Wohlstand und einen finanziell leistungsfähigen Staat zu sichern.

Subventionen als legitimes Instrument der Politik

Subventionen – also Finanzhilfen und Steuervergünstigungen – seien nicht per se schlecht, sondern stellten grundsätzlich ein legitimes Instrument der Finanz- und Wirtschaftspolitik dar. Beispielsweise könnten sie dazu beitragen, den Strukturwandel zu erleichtern und die mit ihm verbundenen sozialen Härten abzufedern. Sie könnten auch dazu dienen, regionale Unterschiede abzubauen, oder würden aus umweltpolitischen Gründen gewährt. In all diesen Fällen überwiege ihr gesamtwirtschaftlicher Nutzen die Kosten.

In den vergangenen Jahrzehnten habe der Staat indes vieles übernommen, was Private auch ohne staatliche Eingriffe ebenso gut leisten könnten. Daher

müsse man kritisch hinterfragen, ob in bestimmten Bereichen eine staatliche Hilfe überhaupt noch gerechtfertigt sei. Denn Subventionen – gerade die dauerhaften – könnten zu Wettbewerbsverzerrungen des unternehmerischen Preis-Leistungsverhältnisses führen und so eine Fehlallokation von Ressourcen her-

nanzhilfen bereits von 11,4 auf 7,0 Milliarden Euro zurückgeführt und plane einen weiteren Abbau bis auf 5,4 Milliarden Euro im Jahr 2008. Unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat erschwerten aber eine Politik aus einem Guss. So blockierten die Opposition beziehungsweise die CDU-ge-



Bundesminister Hans Eichel und ZEW-Präsident Wolfgang Franz im Gespräch mit einem Teilnehmer des Vortrags am ZEW.

vorrufen. Dies verzögere den Strukturwandel und beeinträchtige Wachstum und Beschäftigung. Weiterhin könnten Subventionen auch einer ökologisch verträglichen Entwicklung entgegenwirken, weil sie Fehlanreize zu einem übermäßigen Energieverbrauch setzten, oder den nationalen und internationalen Wettbewerb beeinträchtigen. Subventionen würden auch die Gefahr von Gewöhnungs- und Mitnahmeeffekten bergen. Schließlich könne man nicht ausschließen, dass sich angesichts der Vielfalt der Subventionen in Deutschland einzelne Maßnahmen in ihren Wirkungen neutralisierten oder gar konterkarierten.

Blockadehaltung der Opposition

Die Prüfung aller Subventionen ist und bleibt für Eichel daher eine Daueraufgabe. Die Bundesregierung habe seit der Regierungsübernahme 1998 die Fi-

fürten Bundesländer den Abbau von Subventionen. Eichel kritisierte das Verhalten, auf der einen Seite die Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zu fordern und gleichzeitig substantielle Konsolidierungsvorschläge zu torpedieren.

Zum Schluss seiner Rede mahnte Eichel, dass Deutschland nicht um Reformen herumkomme, um Deutschland zukunftsfest zu machen. Er forderte alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, ihre Verantwortung ernst zu nehmen und alle Kräfte daran zu setzen, den begonnenen Reformkurs für Deutschland durchzuführen. Nur so werde die Basis für nachhaltig hohes Wachstum, mehr Beschäftigung und die Sicherung des Wohlstands der deutschen Volkswirtschaft geschaffen. Der Abbau von überkommenen Subventionen sei ein wichtiges Element dieser Reformbestrebungen.

Katrin Voß, voss@zew.de

Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland

ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz stellte am 23. November 2004 im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Der Vortrag des „Wirtschaftsweisen“ fand in den Räumen der Baden-Württembergischen Bank AG in Stuttgart statt.

Zunächst ging Franz auf die derzeitige wirtschaftliche Lage und die Perspektiven für das Jahr 2005 ein, wie der Sachverständigenrat sie in seinem neuesten Jahresgutachten darstellt. Im Jahr 2004 habe die deutsche Volkswirtschaft mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 1,8 vH eine dreijährige Stagnationsphase überwunden. Allerdings stehe einer lebhaften Exportdynamik eine kraftlose Binnenwirtschaft gegenüber. Die Lage am Arbeitsmarkt habe sich 2004 weiter verschlechtert. Zwar sei die Erwerbstätigenzahl leicht um 0,2 vH gegenüber 2003 gestiegen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleibe jedoch weiterhin rückläufig. Auch habe sich die Besorgnis erregende Entwicklung der öffentlichen Haushalte 2004 fortgesetzt. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit habe mit 3,9 vH in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) erneut das Niveau des Vorjahres übertroffen, und das Maastricht-Kriterium sei zum dritten Mal in Folge deutlich überschritten worden.

Nach Ansicht des Sachverständigenrats wird sich die konjunkturelle Erholung 2005 fortsetzen. Zwar stützen immer noch außenwirtschaftliche Impulse die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, im Jahresverlauf wird indessen die Inlandsnachfrage allmählich an Breite gewinnen. Nach der Prognose des Sachverständigenrats wird das reale BIP um 1,4 vH zunehmen. Auf den ersten Blick, so Franz, könne dieser leichte Rückgang um

0,4 vH als ein Abflauen der Konjunktur interpretiert werden. Betrachte man jedoch die um Kalendereffekte bereinigte Entwicklung des BIP, so ergebe sich ein Anstieg der Zuwachsraten von 1,3 vH im Jahr 2004 auf 1,6 vH im Jahr 2005.



ZEW-Präsident Franz bei seinem Vortrag in Stuttgart

Die Arbeitslosigkeit werde auch 2005 auf hohem Niveau verharren; erstmals nach 2001 werde aber die abhängige Beschäftigung leicht zunehmen. Unter Berücksichtigung von Hartz IV werde die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt, grob geschätzt, um 150.000 Personen steigen. Im Januar oder Februar werde vermutlich sogar die Schwelle von fünf Millionen Arbeitslosen überschritten. Wesentlicher Grund sei, dass durch die Reform erwerbsfähige, aber bisher nicht als arbeitslos registrierte Sozialhilfeempfänger ab Januar in der Arbeitslosenstatistik eingebucht würden. Hier handle es sich allerdings um einen rein statistischen Effekt.

Deutschland – Exportweltmeister?

Im Weiteren stellte Franz die Kapitel des Gutachtens vor, die sich mit aktuellen und längerfristigen Perspektiven der Wirtschaftspolitik beschäftigen. Im Mittelpunkt des diesjährigen Gutachtens steht die Beobachtung, dass Deutschland seit 2001 im Durchschnitt eine erfreuliche Exportentwicklung aufweist, andererseits aber im Inland mit ei-

ner Besorgnis erregenden Wachstumsschwäche konfrontiert ist. Der Titel des Exportweltmeisters ist allerdings zu relativieren. So betonte Franz, dass dieser Titel sich lediglich auf die Ausfuhr von Waren beziehe; Dienstleistungen seien nicht berücksichtigt. Außerdem hingen die in US-Dollar angegebenen Exportwerte und damit auch die Exportanteile stark von Wechselkursänderungen ab. Die Betrachtung der Exportvolumina statt der Exportwerte zeige allerdings, dass Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre weltweit reale Exportanteile hinzugewonnen habe.

Die Reformen der Bundesregierung im Rahmen von Hartz IV seien, so Franz, ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme von Empfängern des Arbeitslosengelds II. Mit Nachdruck machte er auch auf die Verantwortung der Tarifvertragsparteien aufmerksam, die sich aktiv an der Lösung der Arbeitsmarktprobleme beteiligen und die Lohnstruktur qualifikatorisch nach unten spreizen sollten.

Aufholprozess in Ostdeutschland

Der Aufholprozess in Ostdeutschland stocke seit Mitte der 1990er Jahre. Ab 2005 werde der Solidarpakt I durch den bis 2019 laufenden Solidarpakt II ersetzt. Mit diesen Mitteln könnten die ostdeutschen Bundesländer die Basis für eine sich weitgehend selbst tragende Wirtschaft schaffen. Hierzu sei es jedoch zwingend notwendig, dass die Mittel vorrangig investiv verwendet würden. Erschwerend komme hinzu, dass Ostdeutschland bis 2020 im Durchschnitt 12,5 vH seiner Bevölkerung verlieren werden und bis 2030 sogar fast 30 vH. Dies werde erhebliche Konsequenzen für die bereits angespannte Situation der öffentlichen Haushalte in den ostdeutschen Bundesländern haben.

Katrin Voß, voss@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 21.2.2005 Makroökometrie: Zeitvariierende Verfahren
 22./23.2.2005 Presenting in English (course language: English)
 25.2.2005 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
 1./2.3.2005 Mikroökometrie: Evaluationsmethoden
 3.3.2005 Wettbewerbsanalyse
 7.3.2005 Corporate Bonds:
 Quantitative und qualitative Analysemethoden
 9./10.3.2005 Mikroökometrie: Discrete Choice-Analyse I
 10.3.2005 Computerkurs STATA
 11.3.2005 Mikroökometrie: Discrete Choice-Analyse II
 17./18.3.2005 Mitarbeiterereinsatz im Ausland
 4.4.2005 Basistechniken I – Regressionsanalyse
 5.4.2005 Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
 6./7.4.2005 Der sichere Auftritt – Präsentationen professionell gestalten

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
 Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

STELLENANZEIGE

Competence in Economics

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim sucht für den Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Wissenschaftler/in

Sie haben einen sehr guten wirtschaftswissenschaftlichen Studienabschluss mit Schwerpunkt in Ökonometrie und quantitativen Methoden und verfügen idealerweise über Vorkenntnisse in mikroökonomischen Techniken.

Der Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit wird in einem von der DFG finanzierten Projekt bestehen, das theoretische Modelle der Arbeitsmarktökonomik auf der Basis von Individual- und Firmendaten empirisch überprüft. Die Einarbeitung wird durch eine intensive Betreuung, ausgeprägte Teamarbeit und ein umfangreiches Fortbildungsprogramm erleichtert. Wir erwarten von Ihnen die Fähigkeit, die Ergebnisse Ihrer Arbeit sowohl im wissenschaftlichen als auch im wirtschaftspolitischen Bereich in deutscher und englischer Sprache überzeugend vermitteln zu können.

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde Tätigkeit in einem jungen Forschungsteam. Zahlreiche Kontakte und Weiterbildungsmöglichkeiten durch unser nationales und internationales Netzwerk eröffnen Ihnen eine attraktive Perspektive. Eine Promotion zum Projektthema wird ausdrücklich gewünscht und unterstützt. Die Vergütung erfolgt nach BAT mit den Sozialleistungen des Öffentlichen Dienstes.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung unter dem Stichwort „News-AM-2/05“ an Frau Doris Brettar ·
 Postfach 10 34 43 · D-68034 Mannheim
 Weitere Stellenangebote unter www.zew.de/stellen

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW ECONOMIC STUDIES

Reize, Frank, Leaving Unemployment for Self-Employment, ZEW Economic Studies, Bd. 25, Heidelberg, 2004.

Böhringer, Christoph und Andreas Löschel (Hrsg.), Climate Change Policy and Global Trade, ZEW Economic Studies, Bd. 26, Heidelberg, 2004.

Lammersen, Lothar und Robert Schwager, The Effective Tax Burden of Companies in European Regions, ZEW Economic Studies, Bd. 28, Heidelberg, 2004.

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 04-80, Ulrich Kaiser, Julian Wright: Price Structure in Two-sided Markets: Evidence from the Magazine Industry?

No. 04-81, Ulrich Kaiser, Hans Christian Kongsted: True Versus Spurious State Dependence in Firm Performance: The Case of West German Exports.

No. 04-82, Manuel Frondel, Jens Horbach, Klaus Rennings: End-of-Pipe or Cleaner Production? An Empirical Comparison of Environmental Innovation Decisions Across OECD Countries.

No. 04-84, Melanie Armtz, Alexander Spermann: Soziale Experimente mit dem Pflegebudget (2004-2008) – Konzeption des Evaluationsdesigns.

No. 04-85, Diana Heger: The Link Between Firms' Innovation Decision and the Business Cycle: An Empirical Analysis.

No. 04-86, Dan Stegarescu: Economic Integration and Fiscal Decentralization: Evidence from OECD Countries.

No. 04-87, Wolfgang Sofka, Tobias Schmidt: I Like The Way You Move. An Empirical Investigation into the Mechanisms Behind First Mover and Follower Strategies.

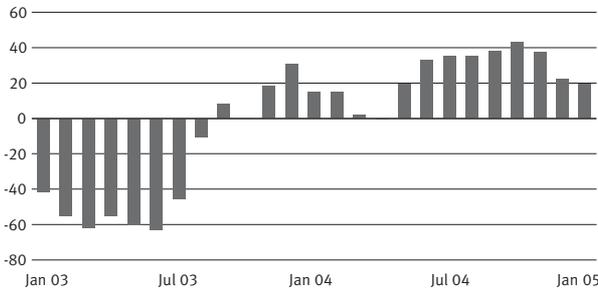
No. 05-01, Martin Schüler, Friedrich Heinemann: The Costs of Supervisory Fragmentation in Europe.

No. 05-02, Michael Lechner, Ruth Miquel, Conny Wunsch: Long-Run Effects of Public Sector Sponsored Training in West Germany.

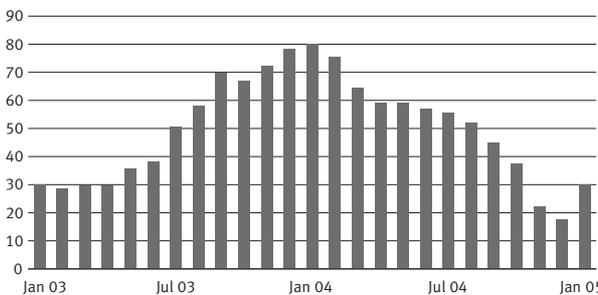
No. 05-03, Michaela Niefert: Patenting Behaviour and Employment Growth in German Start-up Firms. A Panel Data Analysis.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Januar



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Experten erwarten „Wait and see“-Politik

Der zu Jahresbeginn gestiegene Konjunkturoptimismus hat sich noch nicht in den geldpolitischen Erwartungen niederschlagen. Im Gegenteil: Der Anteil der Experten, die mit einer Zinserhöhung der EZB innerhalb der nächsten sechs Monate rechnen, ist weiter auf 23,2 Prozent gefallen. 73,2 Prozent gehen von einer weiteren EZB-Politik des „wait and see“ aus. Gleichwohl hat der steigende Konjunkturoptimismus Zinssenkungserwartungen fast vollständig eliminiert: Nur noch 3,6 Prozent erwarten in den nächsten Monaten eine Zinssenkung.

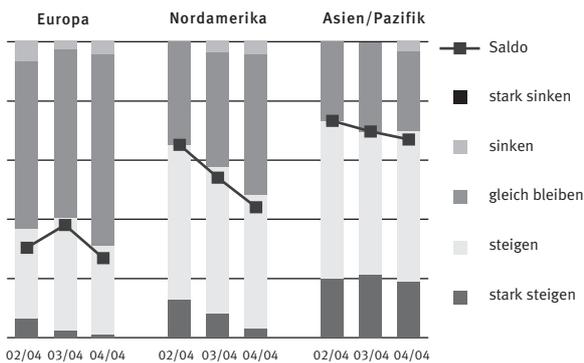
Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Guter Start ins neue Jahr

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind zu Beginn des neuen Jahres deutlich gestiegen. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten steigt von 17,7 auf 29,9 Punkte. Dies hängt vor allem mit der zunehmenden Hoffnung auf eine Belebung der Binnennachfrage im Euroraum zusammen. In Deutschland etwa vermeldeten die Autobauer und Einzelhändler zum Jahresende erfreulich gute Umsätze, die eine Trendwende zu einer allmählich stärkeren Konsumnachfrage eingeleitet haben könnten.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Aufkommenserwartungen in der Luftfracht sind zurückhaltender

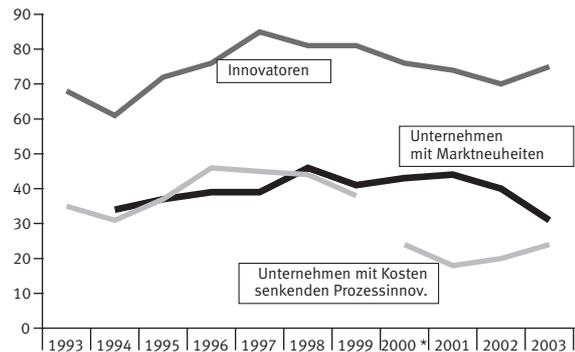


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW erwarten im vierten Quartal 2004 mehrheitlich steigende Luftfrachtaufkommen, vor allem auf den Asien/Pazifik-Routen, auf denen 70 Prozent mit Mengenzuwächsen rechnen. Allerdings sind die Einschätzungen der Experten zurückhaltender als im Vorquartal. Am stärksten ausgeprägt ist dies auf der Nord-Amerika-Route. Bei den interkontinentalen Verkehren rechnen aufgrund der weiterhin steigenden Nachfrage nach Frachtraum mehr als drei Viertel der Experten mit Preissteigerungen.

Jörg Breitscheidel, breitscheidel@zew.de

Maschinenbau: Innovatorenanteil im Jahr 2003 gestiegen



* Werte für Unternehmen mit Kostenreduktion ab 2000 mit den Vorjahren nicht mehr vergleichbar. Quelle: ZEW

Im deutschen Maschinenbau ist im Jahr 2003 der Innovatorenanteil von 70 auf 75 Prozent gestiegen. Nach diesem starken Anstieg hat die Branche beim Ranking der Industriebranchen nach dem Innovatorenanteil zwei Plätze wettgemacht und liegt nun auf Rang 3 hinter der chemischen Industrie und dem Instrumentenbau. Der Anteil der Unternehmen mit Marktneuheiten, der in den vergangenen Jahren stets bei mehr als 40 Prozent lag, ist auf 31 Prozent zurückgegangen. Kostensenkende Prozessinnovationen führten 24 Prozent der Maschinenbauer ein.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

STANDPUNKT



Lissabon-Strategie

In der öffentlichen Auseinandersetzung des vergangenen Jahres um die Verlängerung der Arbeitszeit spielte ein wichtiger Aspekt so gut wie keine Rolle: die Wachstumsperspektive. Das erstaunt schon deshalb, weil die Europäische Union (EU) in ihrer Lissabon-Erklärung im Jahr 2000 angekündigt hat, die EU solle bis zum Ende des Jahrzehnts zur „dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Region“ der Welt werden.

Was das mit einer Arbeitszeitverlängerung zu tun hat? Im Zeitraum der Jahre 1991 bis 2003 belief sich die durchschnittliche jährliche Veränderung der Arbeitsproduktivität in den Vereinigten Staaten auf 1,8 v.H., in Deutschland auf 2,1 v.H. Beide Länder verwendeten ihren Produktivitätsfortschritt jedoch recht unterschiedlich. Während in den Vereinigten Staaten die Realeinkommen pro Kopf jährlich um mehr als 2 v.H. zunahm (Deutschland: weniger als 1 v.H.), sank in Deutschland die Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 0,6 v.H. (Vereinigte Staaten: konstante Arbeitszeit). Auf den Punkt gebracht: Bei in etwa gleicher Produktivitätsentwicklung setzen die Vereinigten Staaten das daraus resultierende Potenzial eher in Einkommen, Deutschland indes in „Freizeitgewinn“ um. Letzteres gilt auch für einen großen Teil der EU-Länder.

Dieser Vergleich bedarf jedoch einiger Relativierungen. Die Frage lautet, ob es sich bei der statistisch ausgewiesenen Verringerung der Arbeitszeit tatsächlich um einen gewollten „Freizeitgewinn“ handelt. Wenn es sich in der Tat so verhält, steht die Lissabon-Strategie unter keinem guten Stern. Mehr Wachstum erreicht man bei gegebener Produktivitätsentwicklung nicht mit höherem Freizeitkonsum. Keine Frage: Falls ein solcher „Freizeitgewinn“ den Präferenzen entspricht, geht das völlig in Ordnung. Aber: Man wird nicht zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Region der Welt, indem man dem Müßiggang frönt.

Allerdings gibt es plausible Gründe dafür, dass nicht der gesamte Rückgang der Arbeitszeit einem gewollten Freizeitgewinn entspricht. Ein Teil der Arbeitsaktivitäten findet in der Schattenwirtschaft statt, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit etwa 16 v.H. rund das Doppelte des Werts in den Vereinigten Staaten beträgt. Des Weiteren mag die hohe Abgabenbelastung auf Arbeitseinkommen den Freizeitkonsum attraktiver erscheinen lassen. So kommt eine neuere Studie des Nobelpreisträgers Edward Prescott zu dem bereits nach eigenem Bekunden erstaunlichen Resultat, der Unterschied zwischen dem weitaus höheren Arbeitsangebot in den Vereinigten Staaten im Vergleich zu Deutschland könne nahezu vollständig auf die Besteuerung zurückgeführt werden. Das mag eine Extremposition darstellen, aber die unlängst in Deutschland zu vernehmende Gegenposition, das Arbeitsangebot habe nichts mit der Abgabenbelastung zu tun, erscheint ebenso fraglich.

Können wir mithin die Lissabon-Strategie vergessen? So schlimm ist es nun auch wieder nicht, denn die Produktivitätsentwicklung stellt keine fest vorgegebene Größe dar, sondern kann gesteigert werden. Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik liegen nicht nur in einer Senkung der Abgabenlast, sondern zudem auf dem Gebiet des Bildungswesens, der Innovationspolitik und der Wettbewerbspolitik, beispielsweise mit Hilfe eines Abbaus von Marktzugangsbeschränkungen für Neugründungen.

Darauf hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuesten Jahresgutachten ebenfalls aufmerksam gemacht. Insoweit es gelingt, die Arbeitsproduktivität zu forcieren, löst sich der Zielkonflikt zwischen Wachstum und Freizeit auf – ganz davon abgesehen, dass viel zu gewinnen wäre, wenn sich die hiesige Arbeitslosigkeit entscheidend verringerte.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004